

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

174 (29.7.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Wegpreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzählern 5 M monatlich. — Einzelheft 25 s. Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitpoldstr. 24 Fernsprecher: 3.50 M; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonizelle 1.20 M Die Restamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Ausplünderung Deutschlands durch die Besatzungstruppen

Bisher 50 000 Millionen Gesamtkosten

Der belgische Finanzminister Theunis kam in seiner letzten Rede auf die Bewertung der deutschen Sachleistungen durch die Interalliierten zu sprechen, die eine beispiellose Verdrückerei des mickligen Wertes bedeutet. Ein nicht minder verwunderliches Besatzungsbild zeichnet der belgische Finanzminister über die Besatzungstruppen. Nach seinen eigenen Angaben kostet pro Tag jeder einzelne Mann im amerikanischen Heer 4 Dollar 32 Cts., im englischen Heer 13 Sh. 4 p., im französischen Heer 15 Fr. 19 Cts., und im belgischen Heer 16 Fr. 9 Cts. Was bedeutet das für Deutschland? Ein einfaches Rechenexempel deutet die große Bürde an: Es kostet ein amerikanischer Soldat im Monat 130 Dollar oder durch Durchschnittskurs 9080 M. In der gleichen Einkommenshöhe bewegt sich die Wohnung der englischen Soldaten. Der französische wie der belgische Soldat empfängt (den Frankreich im Durchschnitt gerechnet) im Monat je 7120 M. Erst durch diese Zahlen werden die unerhörten Einkommen im Vergleich zu dem Einkommensverhältnis der deutschen Bevölkerung in das wahre Licht gesetzt. Wir können derartige Monatsbeträge nur im Vergleich zu unsern Ministergehältern sehen, aber auch da nur, wenn man ihnen nicht die hohen Steuern auf das Einkommen abzieht. Betrachtet man jedoch, so sinkt das Minister-einkommen weit unter die Monatslohnung eines einfachen Soldaten des Besatzungsheeres.

Noch viel sichtbar wird die gewaltige Bürde, die die Besatzung auf das deutsche Volk legt, wenn die Gesamtkosten annähernd wiedergegeben werden. Vor einigen Wochen wurde von den alliierten Regierungen durch die Kriegskostenkommission die Höhe ihrer Ausgaben in einer einzigen Zahl genannt; es sind von den Alliierten für den Unterhalt ihrer Truppen ausgegeben worden: 3,5 Milliarden Goldmark.

Diesen Summen entsprechen denn auch die Gesamtkosten der Besatzung. Die Kriegskosten-Kommission hat die Ausgaben der Alliierten für ihre Truppen kürzlich auf 3,5 Milliarden Goldmark angegeben. Rechnet man dazu, daß von deutscher Seite bisher rund 6,8 Milliarden Papiermark gezahlt worden sind, während die Rückstände für Requisitionen und dergleichen auf mindestens 5 Milliarden Papiermark berechnet werden, so würde sich insgesamt ein

Aufwand von 45 bis 50 Milliarden Papiermark ergeben. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Alliierten im Jahre 1919 eine bindende Vereinbarung getroffen haben, wonach die Besatzungskosten auf 240 Millionen Goldmark jährlich zu reduzieren sind, sobald Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen erfüllt habe. Die Entwaffnung ist durchgeführt. Das erkennen auch unsere Gegner an. Aber von einer Begrenzung der Besatzungskosten ist noch nicht das mindeste zu verspüren.

Rücktritt der thüringischen Regierung

Th. Weimar, 28. Juli. In der heutigen Sitzung des thüringischen Landtages erklärte nach Ablehnung des Grundneuer-gesetzes durch die Rechtsparteien und die Kommunisten der Staatsminister Dr. Pausen, die Staatsregierung sei gezwungen zurückzutreten. Darauf stellten die Unabhängigen den Antrag auf Auflösung des Landtages. Der Antrag wird am Samstag behandelt werden.

Ein furchtbares französisches Kriegsverbrechen

180 gefangene Deutsche auf Befehl abgechlachtet

Genri Parbuisse, der mutige Vorkämpfer des Friedens und der Völkerverständigung, erhebt in der „Humanité“ eine neue Anklage über französische Kriegsverbrechen von besonderer Schwere, die er mit seinem Namen deckt. Das Verbrechen, dessen er einen Major des 173. kasseler Infanterie-Regiments, Mathis, beschuldigt, ist an und für sich himmelschreiend. Aber die Tatsache, daß ein Unmensch solcher Art, trotzdem seine Schandtaten unmittelbar nachdem sie begangen wurden, zur Kenntnis der vorgelegten Stellen gekommen ist, in Frankreich noch heute den Offiziersrock trägt, rückt mit einem Schlag die ganze Heuchelei der französischen Kriegsverbrecherpropaganda in ein grelles Licht.

Mathis, damals noch Hauptmann im 134. Infanterieregiment, hatte, so erzählt Parbuisse (wie bereits kurz gemeldet) in den Kämpfen um Verdun am Ravin de la Pondrière bei Fleury, 200 Deutsche zu Gefangenen gemacht. Zwanzig davon ließ er zur Seite treten, dem Rest, 180 Mann, denen man zuvor die Waffen abgenommen hatte, befahl er wieder in den Graben hinauszutreten, der soeben genommen worden war. Dann gab er den Leuten seines Bataillons Befehl, die 180 wehrlosen Deutschen mit dem Bajonett niederzumachen. Und dieser Befehl wurde von den französischen Mannschaften, deren anfängliches Widerstreben der Hauptmann Mathis durch Strafandrohung zu brechen wußte, so gründlich ausgeführt, daß von den 180 deutschen Gefangenen nicht einer am Leben blieb. Die Leichen blieben unbedeckt im Graben liegen. Als das Bataillon mit nur 20 Gefangenen zurückkam und Hauptmann Mathis von dem Regimentskommandeur nach dem Verbleib der übrigen befragt wurde, habe er sich mit zynischer Offenheit seiner Schuld gerühmt. Als der Oberst ihm riet, er solle, wenn er nicht um das Kreuz der Ehrenlegion kommen wolle, niemals von dieser Tat sprechen, meinte er, es sei doch wohl ausgeschlossen, daß ihn die Niedermetzelung der Gefangenen um die Auszeichnung bringen könne. Und er behielt recht. Wenige Tage später wurde er Ritter der Ehrenlegion und er ist es heute noch!

Sier hat man es mit einer geradezu himmelschreienden Unthat zu tun, der sicherlich kein deutsches Gegenbild gegenüber gestellt werden kann. Aber weder dem französischen Parlament noch der erst der Pariser Regierung wird es in den Sinn kommen, diesen Massenmörder vor ein Gericht zu stellen. Dafür aber werden sich die Hoch, Poinecaré, Briand und wie die Herrschaften alle heißen, heftig über deutsche Kriegsverbrecher entlassen. Wir freuen uns und begrüßen es, daß endlich auch in Frankreich sich Männer finden, die den Mut haben, die französischen Kriegsverbrecher zu brandmarken.

Der Münchener Polizeipräsident als der neue Herodes

Eine Münchener Familie will Leben in das stille Heim bringen und nimmt, selbst kinderlos, einen Wiener Säugling an Kindesstat auf. Eine Sache, die ganz gewiß keinen politischen Hintergrund hat und die Öffentlichkeit gar nicht aufregen könnte, wenn nicht der Münchener Polizeipräsident Köhner, der wahre Herr Wagners, aus diesem Kind ein Politikum gemacht hätte! Der Münchener Polizeipräsident hat dieses Kleinkind nämlich als „gefährlichen und lästigen Ausländer“ auf den Schub setzen wollen, weil das Kind — ein Jude ist. In 2 Jahren könnte aus dem Säugling ein Kurt Eisner geworden sein, soll ein erleuchtetes Licht im Nestort des Herrn Köhner geäußert haben.

Wenn fällt bei dieser schönen Geschichte nicht die biblische Erzählung von König Herodes und dem Kindermord zu Bestehen ein? Auch der biblische Tyrann sagte sich: Vorbauen ist besser als Nachschauen, und trieb seine Soldknechte an, daß sie den neuen König der Juden abwürgen möchten. Die Welt hat in dieser Zeit allerhand erlebt, wenn es auch dem Münchener Polizeipräsidenten aufgefallen wäre, ein zehn Wochen altes Kind mit Polizeigewalt zu bedrohen. Man muß sich das Bild nur recht innig vorstellen: Die Herren Rahr-Röhm-Roth in ihrer politischen Existenz erschüttert durch einen jüdischen Säugling! Diese antisemitischen Strohköpfe ahnen gar nicht, welches Kompliment sie damit dem Judentum machen. Soll das Judentum durch eine solche Heber-schätzung nicht geradezu in seiner Auffassung bestärkt werden, das „ausgewählte Volk“ zu sein? Ausgewählt zu dem Zweck, der Herrlichkeit des Herrn Köhner ein Ende zu machen? Wir hoffen, daß es dazu keine besondere Erwählung braucht und sind mit unseren jüdischen Mitbürgern wohl einig in der Meinung: Dieser neue Herodes blamiert sich eines Tages doch zu Tode. Auf dem besten Wege dazu ist er längst.

Wiederaufbaufragen — Deutsch-französische Handelsbeziehungen

Minister Rathenau und Staatssekretär Hirsch über die Situation

W. Berlin, 28. Juli. Im Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates führte gestern Reichsminister Dr. Rathenau aus: Die Verhandlungen seien seit dem ersten Bericht ununterbrochen gefördert worden. Sie wurden zum größten Teil in Paris, zum kleineren Teil in Berlin geführt. Bei den Nebenfragen handelte es sich darum, Reparationen und Reparationen, die durch den Verfall der Reparationsanforderungen durch einmalige Lieferungen erdgültig auszugleichen, was sich auf die Viehlieferungen, Lieferungen an rohem Material und Metalllieferungen von Maschinen und Fabrikationsanlagen beziehe. Eine Hauptfrage sei die Finanzierung. Für den Fall, daß die jährlichen Sachleistungen an Frankreich den Vertrag überschreiten, den Frankreich bereit über in der Lage sei, sich aus Reparationskonto anrechnen zu lassen, so müsse ein Weg gefunden werden, um die Stundung zu ermöglichen, die dahingehende, die so überschreitenden Beträge auf spätere Annuitätseinzahlungen anzurechnen. Weiter wird es notwendig sein, ein Preisgrundgesetz zu finden, wobei das Grundprinzip eingehalten sei, daß Frankreich nicht Waren empfangt, die zuvor seien, als sie in Frankreich selbst hergestellt werden können. Wenn nicht eine gewisse Indexkommission von den Vorkriegspreisen ausgehend die erforderlichen Indizes festsetzt, so daß die durch Multiplikation des Index, mit dem Grundpreis der jeweils geltende Wert sich ergibt.

vorwiegend wenig anzufangen wäre. Man müsse jeden Versuch machen, die Deutschland aufgelegten Leistungen tragbar zu machen. Wiederholt sei in der letzten Zeit in der englischen Presse die Meinung ausgesprochen, es möchte die Sonderverhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland die englischen oder die anderer alliierten Nationen zu kurz kommen. Durch die bisherigen Verhandlungen mit Frankreich seien die Rechte dieser Nation zu kurz gekommen. Deutschland habe das wesentliche Interesse an der allgemeinen Umwandlung von Goldleistungen in Sachleistungen, und zwar nicht nur Frankreich gegenüber. — Er sei bereit, zu jeder Abmachung dieser Art mit der Reparationskommission in enger Fühlung zu bleiben, hinsichtlich aller derjenigen Abmachungen, die mit irgend einem einzelnen Lande getroffen werden und habe dies auch der Kommission selbst mitgeteilt.

W. Berlin, 28. Juli. Im Zusammenhang mit den Ausführungen des Wiederaufbau-ministers Rathenau gab der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Hirsch, einen Überblick über die Erörterungen bezgl. des logen. Das in Wehen und die Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen. Er betonte die Schwierigkeiten, welche der deutschen Wirtschaft durch die Unterstellung der deutschen Einfuhr im Ausland unter das von der Entente eingeführte Aus- und Einfuhrregime zugefügt werden und hob die innere Verrechtigung hervor, daß die meisten deutschen Besatzungen auch von der Gegenseite anerkannt würden. Der Wunsch der Gegenseite nach einer allgemeinen Kontingentierung derjenigen Einfuhr, die nicht ganz frei zugelassen werden könne, bezog sich von deutscher Seite keinen grundsätzlichen Bedenken, natürlich unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche Einheit wieder hergestellt wird und damit überhaupt eine Wirtschaftsbereitigung für Deutschland wieder möglich wird. Hierüber soll demnächst weiter verhandelt werden.

Die Entente und Oberschlesien

Die Entscheidung wird abermals verschoben — Französisches Schindluderstück mit dem unglücklichen Oberschlesien — Frankreich spekuliert auf Englands Nachgiebigkeit — England scheint den Franzosen nachzugeben

W. Paris, 28. Juli. Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Havas-Agentur“ mitteilt, hat er beim Schluß des heutigen Ministerrats den Eindruck gewonnen, daß das französische Ministerium den Wunsch habe, die Auseinandersetzungen, die zwischen Paris und London über die oberschlesische Frage schweben, zu Ende zu führen. Was die Frage der Verträge anbelange, so sei man der Ansicht, daß auf dem Wege gegenseitiger Verständnisse eine Lösung gefunden werde. Es sei nicht unmöglich, daß man sich sofort über eine Übergangslösung einig werde, die auf dem normalen Wege eines letzten gegenseitigen Entgegenkommens die Zustimmung der interessierten Mächte finden könne. Die Lösung werde jedenfalls darin bestehen, daß sich England dem französischen Schritt in Berlin anschließt, damit die deutsche Regierung alle Vorbehalte für die Befriedigung der Truppenverhältnisse treffen könne. Nachdem dieser Schritt getan sein wird, würde es Aufgabe des Obersten Rates sein, wenn es nötig wäre, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Truppenverhältnisse abgeändert werden sollen. Dieses Verfahren könnte den Vorteil haben, daß sie den berechtigten Wünschen der französischen Öffentlichkeit Rechnung trage und gleichzeitig in Deutschland als eine neue Bestätigung der französisch-englischen Solidarität angesehen würde.

W. London, 28. Juli. Neuter erfährt, daß das Kabinett das heute vormittag zusammengetreten ist, die oberschlesische Frage behandelt habe. Es sei kein Grund vorhanden, zu glauben, daß die britische Regierung die Lage als so ernst ansehe, wie es in hiesigen Kreisen der Fall zu sein scheint. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates wieder hinausgeschoben werde.

W. London, 28. Juli. Die Beantwortung aller Fragen, die Oberschlesien betreffen, sind im Unterhause auf Ersuchen Lord Georges bis zur nächsten Woche zurückgestellt worden. Dementsprechend ist, wie Neuter mitteilt, als unwahrscheinlich anzusehen, daß die für heute erwarteten Mitteilungen Lord Georges über den gleichen Gegenstand erfolgen werden.

W. Paris, 28. Juli. Die französische Regierung hat einen Auszug aus der gemeinsamen Note der drei alliierten Kommissäre in Opatow vom 19. Juli, die in der Diskussion über die oberschlesische Frage eine so große Rolle spielte, veröffentlicht. Die Kommissäre kommen darin zu folgenden Schlüssen: 1. Die Lage in Oberschlesien ist ernst und verdient die besondere Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen. 2. Die Lage wird so lange unklar bleiben, als nicht eine gerechte, von beiden Seiten verlangte Entscheidung getroffen ist. Die der Kommission zur Verfügung stehenden Streitkräfte seien ungenügend. Wenn die Mächte ihre Entscheidung aufschoben würden würde die Entsendung von Truppen nötiger und dringender werden.

Seite 6
en im Befeh
n Kammen
er Heft sein
würden. Be
Urteile
te der Gens
e wegen der
on dem fran
elgischen He
jet. Welche
Beratung der
offte, daß die
i Tagen den
werden könne
ch: für Ar
mann Kavel
irif. Aus der
Wint; für
chau, Genoi
Jofef Witte;
i Karlsruhe.
s. mehr Jelle
1.50 die Jelle
Wufnahme)
stabl.) Arel
nen: Aitel
uden unsere
hlig zu er
538
EN
ur
T
stadi.
1722
stige),
verlein
aus.
er Belt, 200
e Stellung u
t bareilchen
eber. Adoll
fhaucht.
rundelegung
Oberameri
Urteges.
i. Br.
geranz] 879.
ren Gold-
Silberwaren
orabie bei
orgenfr. 12.
cher
bau-
538
gesucht.
onierbau
fr. 82.
ie, Pfl
u. Keld
zu), Pfl
ieren, Kam
t gesch. Mit
schabl. Nid
zur. Nur ed
Kantat Eien
mittel empfi
1188
anzen
en Mk. 25
te.
Ungeliefer
Tel. 2196.
or ausgef
arbeiten
st
ei Ged & Cie.
hmelende
Fahr-Kuh
Sulach.
5. 537
gen.
ng.
8-12 Uhr
nachmittags
1717
Stadt

Die kommunistischen Arbeiterfeinde

Mit welchen Plänen sich manche der deutschen Kommunisten befassen, zeigt ein soeben erschienenes Buch „Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion“, das von der Zentrale der KPD herausgegeben ist. Ein Kapitel dieses Buches heißt: „Von Kapp-Putsch bis zur Märzaktion“ und ist von A. Sender verfaßt. Darin wird ausgeführt, daß ein neuer Putsch wie der Kapp-Putsch unmöglich sei, der künftige monarchistisch-militaristische Putsch werde, zumal die Reaktion seit einem Jahr gewaltig erstarkt sei, ein großzügiges, ernstes Unternehmen darstellen. An Stelle Kappps werde dann ein Hohenzoller stehen und an Stelle des Kappläns Ehrhardt, der General Ludendorff. Und dann schreibt dieser Putschprophet ganz fröhlich weiter:

„Zur selben Zeit wird sich aber weder die proletarische Front einheitlich gestalten, noch wird sie sich auf andere Schichten stützen können. Die Gewerkschaftsbürokratie und die führende Bürokratie der Mehrheitssozialisten werden sich nie mehr trauen, die Parole des Generalstreiks herauszugeben. Hinter dem im Interesse der Gewerkschafts- und Mehrheitssozialistenburokratie geführten Generalstreik erschien im März 1920 der gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie gerichtete Aufstand. Und diese Bürokratie weiß es nur zu gut, daß jeder Generalstreik des Proletariats, auch wenn sie sich selbst an die Spitze desselben stellen würde, letzten Endes nur in einem gegen sie sich wendenden bewaffneten Aufstand münden kann.“

Hier wird also mit düren Worten gesagt: Wenn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zum Kampf gegen einen Hohenzollernputsch die Parole des Generalstreiks ausgeben werden, dann werden die Kommunisten die Parole zum bewaffneten Aufstand gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften ausgeben. Wäre das richtig, dann dürften die Hohenzollern jeden Tag mit ihrem Putsch losgehen, denn die Kommunisten werden ihnen ja helfen, indem sie jene in den Rücken schießen, die die Republik gegen die monarchistische Reaktion verteidigen.

Wir nehmen solche Maulaufreißereien, auch wenn sie sich in einer offiziellen Publikation der K.P.D.-Zentrale finden, durchaus nicht tragisch. Die Arbeiter haben schließlich Verstand genug, um sich im Ernstfall gegen die selbstmörderische Idiotie der Heyder und Genossen zur Wehr setzen zu können. Aber — das muß doch offen heraus gesagt werden — es ist und bleibt eine Schande, daß eine Gesellschaft, die sich in so aberwitzigen Gedankenprüngen bewegt, für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung überhaupt ein ernst zu nehmender Gegner werden konnte. Das Befremdendste am Kommunismus ist ein Beweis politischer Unreife und je mehr die Kommunisten Boden gewinnen können, desto weiter entfernen sich die Arbeiterklasse von der Eroberung der politischen Macht.

Wie die Franzosen im besetzten Gebiet haufen

General Bayot in Wiesbaden hatte vor einiger Zeit eine hochherrschafliche Villa beschlagnahmt lassen, die mit einem Kostenaufwand von 460 000 M. ausgestattet wurde. Da die Inneneinrichtung aber dem offenbar verwöhnten Geschmack des Herrn Generals nicht zusagte, zog er es vor, im Hotel Nassauer Hof zu bleiben. Da er hier nicht weniger als 5, später 6 Zimmer mit Bad und Salon bewohnte, hatte die Stadt für das Jahr 1920 „bloß“ 136 400 M. für das Quartier des Generals zu bezahlen. In den Kreisen Kreuznach und Weinheim hat die französische Besatzungsbehörde 4000 Hektar Ackerland, an welchem 12 Gemeinden beteiligt sind, beschlagnahmt, um dort an 5 Tagen in jeder Woche Artillerieübungen abzuhalten. Alle Hinweise der Kreise und der Gemeinden, auf die unaufschiebbare Einbringung der Getreideernte blieben erfolglos. Bis zur Beendigung der Schießübungen sind alle Feldarbeiten unterjagt worden.

Manon Lescaut

Roman von A. F. Rébois

(Fortsetzung.)

Man gab mir Bücher, die dazu dienten, meinem Gemüte wieder etwas Ruhe zu geben. Ich las bekannte Autoren wieder und machte neue Bekanntschaften. Ich gemann dem Studium großen Geschmack ab. Sie werden sehen, welchen Nutzen es mir in der Folge brachte. Die Aufklärung, die ich aus meiner Liebe gezogen hatte, gab mir Licht über manche Stellen des Gorg und Vergil, die mir früher dunkel geblieben waren. Ich verfaßte einen liebevollen Kommentar über das vierte Buch der Aeneide; er ist bestimmt, eines Tages veröffentlicht zu werden, und ich schmeichle mir, damit den Beifall des Publikums zu erregen. Ich sagte ich während meiner Arbeit zu mir selber, die treue Dido hätte ein Herz wie das meinige finden müssen!

Eines Tages besuchte mich Tiberge in meiner Gefangenschaft. Die Wärme, mit der er mich an sein Herz zog, überraschte mich. Noch hatte ich keine Beweise seiner Freundschaft empfangen, die mich veranlaßt hätten, sie anders zu betrachten, als für eine einfache Schulfreundschaft, wie junge Menschen von gleichem Lebensalter sie so gern knüpfen. Ich fand ihn seit sechs Monaten, in denen ich ihn nicht gesehen hatte, so verändert, so vervollkommen, daß seine Erscheinung und der Gehalt seiner Reden mir Achtung einflößten. Er sprach mehr als weiser Ratgeber zu mir denn als Schulkamerad. Meine Verwirrung erfüllte ihn mit Betrübnis. Er wünschte mir Glück zu meiner, wie er meinte, bereits vorgeschrittenen Liebe und beschwor mich endlich, diese Jugendfinde dazu zu benutzen, um die Güte der irdischen Freuden einzusehen. Ich sah ihn erstaunt an, und er bemerkte diese Verwunderung sofort.

Mein lieber Chevalier, sagte er, ich spreche nichts, was nicht vollkommen wahr ist und wovon ich nach reiflichen Prüfungen nicht überzeugt bin. Ich hatte eben so großen Gung zur Vollstut wie du, aber Gott schenkte mir zu gleicher Zeit Reigung zur Tugend. Da benutzte ich meine Vernunft, um die Früchte der einen mit denen der anderen zu vergleichen, und bald hatte ich ihren Unterschied herausgefunden. Der göttliche Beistand half meinem eigenen Streben und Sinnen nach, und jetzt fühle ich eine Geringschätzung ohnegleichen gegen die weltlichen Freuden. Erateht du wohl, was mich in der Welt zurückhält und hindert, die Einsamkeit zu suchen? Es ist einzig und

Vom französischen Gewerkschaftskongreß Prägeleien und Schieberereien

In Lille tagt seit Montag der Kongreß der französischen Gewerkschaften. Etwa 1000 Delegierte, die 2800 Gewerkschaften vertreten, sind erschienen. Die Vertreter der gemäßigten Mehrheit haben die Klage rings um den Vorstandstisch und Tribüne inne, während die Extremisten von der Minderheit auf die äußeren Sitze verwiesen sind.

Joubaux beantragte eine Entschließung, in der volle Amnestie gefordert wird. Sie wurde einstimmig angenommen. Zum ersten Zusammenstoß zwischen Mehrheit und Extremisten kam es, als die Minderheit die Frage des Ausschlusses von Extremisten aus gewissen Gewerkschaften zur Sprache bringen wollte. Joubaux widerlegte sich der beantragten Diskussion. Es kam zu hitzigen Zwischenfällen. Als sich ein Redner der Minderheit zur Tribüne begeben wollte, wurde er von den Anhängern der Mehrheit aufgehalten. Es kam zu ersten Zusammenstößen, in deren Verlauf zahlreiche Revolverschläge fielen. Zwei anarchoistische Delegierte sind schwer verwundet worden. Außerdem wurde ein Gewerkschaftssekretär am Arm verletzt.

Infolge des Zwischenfalls wurden ungefähr 30 Personen verwundet. Nachdem die Sitzung nach der Schierelei beendet wurde, räumte niemand den Saal. Die große Erregung hielt weiterhin an. Schließlich gelang es Joubaux, das Wort zu ergreifen, und auszuführen, daß das Vorwissen sehr bedauerlich sei und derartige Zwischenfälle auf einem Arbeiterkongreß nicht vorkommen dürften. Er verlangte eine Beschlusfassung, niemand, der Waffen trage, zum Kongreß zuzulassen. Schließlich wurde die Ernennung einer Kommission, bestehend aus Mehrheits- und Minderheitsmitgliedern, vorgenommen, welche die Bedingungen ausarbeiten soll, unter denen die Arbeiten fortgesetzt werden, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Die Nachmittagsitzung des Kongresses ist sehr hitzig verlaufen. In dem Augenblick, als Monod (Kommunist) das Wort nehmen wollte, fingon Mehrheitler und Minderheitler an sich zu beschimpfen. Die Kommissare versuchten Ordnung zu schaffen, indem sie auf die Tische sprangen und mit Gummischlägen nach den Kongressisten schlugen. 7 bis 8 Pistolenschüsse wurden abgefeuert. Die Leute ergrißen die Flucht, und mehrere Personen, darunter auch Frauen, wurden verletzt, als sie nach den Türen eilten. Doch werden keine schweren Verletzungen gemeldet. Als endlich die Ruhe wieder hergestellt wurde, hob der Vorsitzende die Sitzung auf, die auf Dienstag früh vertagt wurde. Doch blieben die Delegierten im Lokal und die Agitation nahm wieder zu. Joubaux brachte es fertig, eine Rede zu halten, in der er solche Ereignisse als für die ganze Arbeiterklasse beschämend bezeichnete.

Erschütternde Vorgänge in Sowjet-Rußland

Die Moskauer „Iswestija“ veröffentlicht über die Hungersnot und die Cholera-gefahr in Rußland nähere Einzelheiten und sagt:

Die Cholera hat ganz Rußland ergriffen. Kostow am Don und die Wolga-Departments Wjatnesk, Orel u. a. sind von einer Choleraepidemie heimgesucht, wie sie kaum jemals vorgekommen ist. Die sanitären Verhältnisse sind entsetzlich. Die Städte sind von Schmutz überflutet, der in der jetzigen Zeit der Trockenheit völlig ausgetrocknet ist, die Straßen mit Kratzeleimener erfüllt. Die Kanalisation funktioniert nur in ganz wenigen Städten. Stinkendes Wasser ist fast zu einer Legende geworden, und was des gefährlichsten ist, trotz all dieser Leiden ist in der bäuerlichen Bevölkerung ein unaufhaltbarer Vandalentum, der durch den Hunger hervorgerufen wird. Tausende hungernder Bauern fliehen aus ihren Dörfern und setzen sich in den Krankeitsheime und den Tod Tausende von Kilometer mit sich. In den Wolga-Departments, wofin besonders deutsche Auswanderer gezogen worden sind, sind die schrecklichen Hungers- und Choleraepidemien der Jahre 1891/92 wieder ausgebrochen, die niemand jemals vergessen wird, der sie gesehen hat, und es ist unmöglich, dem Unglück Einhalt zu tun.“

Der jüdische Sozialpolitiker und Präsident der jüdischen Vereinigungen in Rußland, Dr. Joseph Kreinin, der nach einer Flucht aus Moskau in Berlin eingetroffen ist, konstatiert ferner, daß Judenpogrome in allen Teilen Rußlands stattfinden. Die hungernde und verarmte Bauernbevölkerung gibt den Juden die Schuld an dem Unglück und fällt über sie her. In der Ukraine sind mehrere Dörfer verwüstet und zahlreiche jüdische Familien getötet worden. In einem Dorfe wurden allein 70 Juden abgeschlachtet. Allein 40 000 jüdische Familien sind

allein noch meine Freundschaft für dich. Ich kenne die Güte deines Herzens und deines Kopfes — es gibt kein edles Ziel, das du nicht zu erreichen vermöchtest. Der Gisthauch der Vergnügungen lodte dich zum rechten Pfade ab. Welcher Verlust für die Tugend! Deine Flucht aus Amiens bereite mir so herbes Leid, daß ich seither keines Augenblicks froh werden konnte. Urteile selbst nach den Schritten, die ich infolgedessen unternahm.

Nun erzählte er mir, wie er, sobald er bemerkt hatte, daß ich ihn gelüßt und mit meiner Geliebten entflohen sei, zu Pferd gestiegen war, um mir nachzueilen, mich aber, meines Vorprungs von fünf bis sechs Stunden wegen, unmöglich mehr einholen konnte. Dennoch hatte er Saint-Denis nur eine halbe Stunde nach meiner Abreise erreicht. Ueberzeugt, ich würde in Paris Aufenthalt nehmen, brachte er sechs Wochen damit zu, vergeblich nach mir zu forschen. Zu diesem Zweck besuchte er alle Orte, wo er erwarten durfte, mich zu begegnen, bis er eines Abends im Theater meine Geliebte sah und erkannte. Sie war in so prächtvoller Toilette erschienen, daß er sogleich wußte, sie müsse diesen Glanz einem neuen Verehrer zu danken haben, und ihrem Wagen bis zu ihrem Hause folgte, wo er von einem Diener in Erfahrung brachte, sie sei Herrn v. B.s erklärte Geliebte und verdanke all diese Herrlichkeiten seiner Freigebigkeit.

Dabei blieb ich aber nicht stehen, fuhr Tiberge fort. Am nächsten Tage begab ich mich zu ihr, um sie selbst zu fragen, was aus dir geworden sei. Als sie mich vor dir sprechen hörte, wandte sie sich kurz ab und ließ mich allein, so daß ich gezwungen war, in die Provinz zurückzukehren, ohne Aufklärung erhalten zu haben. Jetzt erst erfuhr ich dein Abenteuer, und in welche außerordentliche Aufregung du durch dasselbe versetzt wurdest; doch wollte ich dich nicht sehen, bevor ich sicher war, dich ruhiger zu finden.

Du hast Manon also gesehen? erwiderte ich seufzend. Ach, du bist glücklicher als ich, der dazu verdammt ist, sie nie wiederzusehen!

Dieser Seufzer wurde mir von Tiberge zum Vorwurf gemacht, da er noch immer eine gewisse Schwäche für Manon vertrat. Er wußte mir so geschickt über die Güte meines Herzens, über meinen trefflich angelegten Charakter zu schmeicheln, daß er schon bei diesem seinem ersten Besuche das lebhafteste Verlangen in meinem Herzen weckte, gleich ihm auf alle Vergnügungen meines Jünglingsalters zu verzichten und in den geistlichen Stand zu treten.

Hungersnot und Cholera in Georgien

Als die russischen Volkswesten im Februar dieses Jahres die sozialistische Kaukasusrepublik Georgien besetzten, war die georgische Regierung gezwungen, das Land zu verlassen. Der georgische Minister des Innern, Ramischwili, weilt jetzt in Berlin. Ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ hatte Gelegenheit, sich mit Herrn Ramischwili über die gegenwärtige Lage der Republik Georgien zu unterhalten. Dabei sagte der Minister:

„Ich bin seit den letzten Vorkriegsjahren wieder zum ersten Male in Berlin. Während meiner bisherigen Anwesenheit hatte ich, außer mit den beiden sozialdemokratischen Parteien, mit der Reichsregierung mehrfach Besprechungen, in denen ich die augenblickliche Situation Georgiens darlegte. Denn die Lage, in die das Land durch die bolschewistische Okkupation geraten ist, ist fürchterlich. Eine entsetzliche Hungersnot, die sich täglich vergrößert, herrscht in Georgien. Dazu zahllose Fälle von Cholera und Typhus, während überall Medikamente und Heilmittel fehlen. Seit der Okkupation ist das Leben in Georgien um Vieles teurer geworden, und für eine deutsche Mark erhält man dort tausend Rubel. Infolge der russischen Besetzung, von deren Druck man sich eine Vorstellung machen kann, wenn man bedenkt, daß zurzeit etwa 200 000 Russen in Georgien stehen, ist auch der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Georgien der lebhaft im Gange war, völlig unterbrochen. Mein Bestreben ist es, die moralische Unterstützung Deutschlands zu erlangen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sie uns bereits ausgesprochen und zugesichert. Eine praktische Hilfe Deutschlands für Georgien kann höchstens in der Gewährung von Medikamenten bestehen, ein Wunsch, den ich in meinen künftigen Unterhaltungen mit der Reichsregierung auch zur Sprache bringen werde.“

Gemeindepolitik

Gemeindevertreterkonferenz. Dienstag, 19. Juli, fand im „Schwanen“ in Durlach eine Gemeindevertreter-Konferenz für den Bezirk Durlach statt; die Tagung war sehr gut besucht. Die wichtigsten Tagesfragen, die zur Zeit die Gemeindevertreter auf den Rathhäusern beschäftigen, wurden gründlich besprochen. Die Gemeindevertreter wurden aufgefordert, soweit in ihren Gemeinden Nachtragsrechnungen wegen der Stromerzeugung und Einbau von elektrischen Leitungen eingegangen sind, die Rechnungen so lange zurückzustellen bis die Rechnungen geklärt ist. Verschiedene Vertreter bemängelten das viele Unbefriedigende der Auftragsarbeiten wegen der Stromerzeugung. Da soll man auch sparen. Die Befugnis des Bezirksamts betr. Sparamtlich bei Aufstellung der Gemeindehaushaltspläne und die Hinweise auf die Steuerquellen, die noch nicht erfüllt sind, wurden eingehend erörtert. Die sozialistischen Gemeindevertreter werden in dieser Beziehung mit größter Gewissenhaftigkeit auf den Rathhäusern arbeiten. — Aus Anwesenheit gegen das Besondere gegen das Besondere der Bürgerauschuss hatte auf Antrag des Gemeindevorstandes die Aufhebung der niedrigeren Sätze Durlachs angefragt. Anstatt nun den Beschlüssen zu sanktionieren, verlangt das Bezirksamt in einem Schreiben nähere Aufklärung und Erläuterungen weshalb die Sätze der Aufhebung der niedrigeren Sätze der Bürgerauschuss ihre Arbeit aufstellen. — Zum Schluss wurde noch die Leberzuckersteuer vom Kommunalverband Durlach-Band besprochen und der Wunsch geäußert, daß den Gemeinden die Kosten, die die gemeinsame Abholung der Lebensmittel verursachen und die von vornherein auf die Allgemeinheit berechnet wurden, jetzt abgezogen und den Verbraucher-Gemeinden zugewiesen werden. Uebrigens dürfte der Leberzucker nur per Umweg der Gemeinde in Betracht kommen. Alles andere ist als Fiktion für die Erzeuger zu betrachten.

Sommersprossen

Leberleiden, Miltzer, Pökel, unreiner Teint, Rötze des Gesichtes und der Hände verschwinden, die Haut wird zart, weiß und geschmeidig durch erprobte, garantierte, schmerzlos wirkende Klorokrem M. 2.50 Kloroseife und M. 6.— Überall erhältlich. Fabrikant: Laboratorium Leo, Dresden-N. 6

Dieser Gedanke gefiel mir so sehr, daß ich mich, allein gelassen, mit nichts anderem mehr beschäftigte. Ich rief mir die Worte des Bischofs von Amiens zurück, der mir denselben Rat erteilt hatte, und seine glücklichen Prophezeiungen, falls ich mich für diesen Beruf entscheiden würde. Auch die Frömmigkeit hatte teil an meinem Beschlusse. Ich nahm mir vor, einen tugendhaften, christlichen Lebenswandel zu führen, meinen Sinn auf das Studium und die Religion zu lenken, die mir nicht erlauben würden, an die gefährlichen Freuden der Liebe zu denken. Ich wollte das verachten, was der Gemeine bemundert; und da mein Herz nur nach dem Begehren würde, was es adeln konnte, so würden mir keine Unruhen einfließen.

So waltete ich mir im Voraus ein frohliches, einsames Leben aus. Dazu gehörte ein abgelegenes Häuschen mit einem kleinen Garten, dabei Wald und Bach — eine ausermittelte Bücherei, eine kleine Zahl tugendhafter, geistvoller Freunde, ein guter, aber mäßiger, einfacher Tisch. Ich verknüpfte damit noch den Briefwechsel mit einem in Paris lebenden Freunde, der mich mit den Neuigkeiten des öffentlichen Lebens bekannt machte; weniger um meine Reue zu befriedigen, als mir die Tugenden der Menschen als warnendes Beispiel vorzuführen.

Werde ich mich glücklich fühlen? fragte ich hina. Werden nicht alle meine Wünsche befriedigt sein? Jedenfalls schmeichelte dieser Plan meinen Reigungen. Aber ich empfand doch, daß mein Herz um Abschlus all dieser weisen Arrangements nach noch etwas Verlangten trug, und daß ich, wenn dieser reizenden Einsamkeit nichts fehlen sollte, sie mit meiner Manon teilen müsse.

Da Tiberge mich aber häufig besuchte, um mich in dem Entschlus, weichen er in mir wachgerufen hatte, zu festigen, so eröffnete ich denselben eines Tages meinem guten Vater. Er sagt mir gleich, es sei sein Wille, seinen Kindern freie Wahl ihres Berufes zu lassen und was immer ich über den meinigen beschließen würde, von ihm hätte ich nur Rat und Hilfe zu erwarten. Seine Ratschläge waren so weise, daß er mich nicht nur in meinem Plane bestätigte, sondern ihn erst mit vollem Bewußtsein in mir reifen ließ.

Das neue Schuljahr begann in kurzer Zeit, und ich trat mit Tiberge das Abergemeinliche, miteinander in das Seminar von Saint-Sulpice einzutreten; er, um seine theologischen Studien zu beenden, ich, um die meinen anzufangen. Seine dem Bischof der Diözese bekannten Verdienste erwannen ihm eine gute Freundschaft.

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag.

Die Beratung der Grund- und Gewerbesteuern

gr. Karlsruhe, 28. Juli.

51. öffentliche Sitzung

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr.

Gesetzentwurf über die Steuern vom Grundvermögen und Gewerbebetrieb

Abg. Dr. Schuster (Ztr.) berichtet namens der Kommission über den vorliegenden Gesetzentwurf über die Steuern vom Grundvermögen und Gewerbebetrieb (Ertragsteuergesetz), wobei er zunächst einen Überblick der früheren Besteuerung gibt, über die die nunmehrige Vermögensbesteuerung weit hinausgeht. Infolge des Übergangs großer Teile unserer Steuern an das Reich, darunter auch die Kapitalertragsteuern, mußten neue Steuerquellen geschaffen werden. Durch Besteuerung des Grundvermögens und der Gewerbebetriebe sucht das vorliegende Gesetz ein Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz zu schaffen. Das neue Gesetz sucht im wesentlichen das gleiche Vermögen zu erfassen, wie das frühere Vermögenssteuergesetz, hat jedoch, anders als früher, davon abgesehen, auch Betriebe steuerfrei auszuweisen zu lassen. Demzufolge werden nunmehr auch alle Gewerkschaften und Privatbanken zu den Steuern herangezogen. Auch die freien Berufe, Anwälte usw., sollen zur Gewerbesteuer herangezogen werden; nur die Ärzte sollen im großen Ganzen hiervon befreit sein, damit die ärztliche Hilfe nicht beschränkt wird. In der Landwirtschaft müssen die Vorräte an Futtermitteln (Futter, Getreide usw.), ausgenommen die Lebensmittelvorräte für Familie und Personal, als Betriebsvermögen steuerfrei werden. Als Steuerpflichtig gilt jetzt nicht mehr wie früher der 1. April, sondern der 31. Dezember. Eine gezielte Veränderung tritt jetzt auch bei den Steuerab- und Zugängen ein, indem nunmehr die Vermögensänderungen bis auf eine Ausnahme erst am nächsten Stichtag anzumelden sind und nicht mehr in Zwischenberichten. Um den Wohnungsbau zu fördern, sollen für den Bau von Wohnungen, die nicht mehr als 6 Zimmer mit je 25 Quadratmeter haben, sofern sie privater Eigentümern entlassen, gewisse steuerliche Erleichterungen geschaffen werden. Leihhaft unzulässig wurde im Ausschuss der sog. Härteparagraf, der ganze oder teilweise Erlösung der Grund- und Gewerbesteuern vorzieht, wenn die wirtschaftliche Existenz des Steuerpflichtigen durch die Steuern des Ertragsteuergesetzes gefährdet wird, wofür dann bestimmte Richtlinien aufgestellt wurden. Die Steuerentlastung des zusammenhängenden Waldbestandes von mehr als 2 Hektar bei einem Gesamtwaldbesitz von mehr als 6 Hektar erfährt eine Steigerung von 25 bis 80 vom Hundert. Zum landwirtschaftlichen Betriebsvermögen gehören auch Hofackerstücke; die Fälle der steuerlichen Ermäßigung oder Befreiung der Landwirtschaft wurden sehr vermindert. Bezüglich des Schuldenabzugs wurde beschlossen, daß nur der halbe Wert der Warenbestände abgezogen werden darf. Ausgedehnt wurde die Steuerbefreiung auf sozial-charitativ betriebene, auf Erholungsheime, Verpflegungsheime, Eingekerkert wurde dagegen die Steuerbefreiung in der Gemeinde. Weiter werden durch das Gesetz die verschiedenen Vermögensgegenstände nach einem verschiedenen Steuerfuß besteuert, wobei die Grundlage zum Steuerfuß jeweils beim Finanzgesetz bestimmt wird. Der Ausschuss bittet um Genehmigung des Gesetzes im Sinne seiner Beschlüsse. Die zum Gesetz vorliegenden Petitionen sind als erledigt zu bezeichnen.

Abg. Dr. Schuster (Ztr.) erklärt persönlich im Gegensatz zu seiner ursprünglichen Haltung nunmehr für das Gesetz stimmen zu können, da es weitgehende Änderungen erfahren habe. Hoffentlich erfüllen sich die Voraussagen des Gesetzes. Wenn man das gewerbliche Betriebsvermögen nicht die vorausgesetzte Höhe erreicht, ist die Belastung für die Landwirtschaft unerschwinglich. Die Häuser werden so behandelt, als ob seit 20 Jahren keine Wertsteigerung eingetreten sei, indem sie dem einfachen Steuerfuß unterliegen. Hierbei spielt die Mietabgabe eine Rolle; doch wird trotzdem bald eine Änderung erfolgen müssen. Im Sinne des Gesetzes zu, wenn es auch einen Sprung ins Dunkle darstellt.

Abg. Hüderl (Soz.):

Dieser Gesetzentwurf ist einer der wichtigsten unserer Tagung. Der Einzelne wird stark belastet. Aber in der Erhaltung des Ganzen findet er die Gegenleistung. Bei den Beratungen machten sich die Interessenten stark bemerkbar. Man kam da zur Überzeugung, daß nicht allenthalben die Not des Staates bekannt ist. Im Jahre 1914 hatten wir eine verhältnismäßig geringe Belastung an Steuern. Die direkten Steuern verließen früher dem Lande; der Ausgang des Krieges und die Reichsschuld zwangen zur Übernahme der direkten Steuern durch das Reich. 1914 waren die Staatsausgaben voll; 1918 durch den Krieg überall Mangel. Mit Beendigung des Krieges wurde der Bedarf an Geld für den letzten Haushalt sehr groß. So steigerten sich die Schulden des Reiches, damit wir Waren im Ausland kaufen konnten und unser Goldbestand ging zurück. So entstand eine unerhörliche Entwertung der Mark, als deren Folge eine allgemeine Steigerung eintrat. Als wichtigste Aufgabe des Staates wurde es deshalb, die Finanzen von Reich, Staat und Gemeinde in Ordnung zu bringen. Ich will heute kein Urteil fällen, ob die Reichssteuergesetzgebung in allen Teilen richtig war; ihr Hauptverdienst besteht darin, daß wir nun im ganzen Reich eine gleiche Veranlagung haben, wenn sie auch viele Nachteile durch Zurückstellen kultur- und sozialpolitischer Fragen brachte. Immerhin müssen wir uns mit der Reichssteuergesetzgebung abfinden. Eine Frage ist, ob es nicht richtig gewesen wäre, wenn das Reich auch für die Ertragsteuern gewisse Richtlinien gegeben hätte, da die Länder doch gegenständig Rücksicht nehmen müssen. Wir waren der Auffassung, daß es im Interesse des Landes liegt, das vorliegende Gesetz zu einem Dauergesetz zu machen, und nicht zu einem Provisorium. Das vorliegende Gesetz ist eigentlich kein Ertragsteuergesetz. Es wäre besser gewesen, wenn eine Mischung von Ertragsteuergesetz und Objektsteuergesetz geschaffen worden wäre; doch erklärte das Finanzministerium, daß dies im gegenwärtigen Moment mit dem vorhandenen Personal nicht möglich ist. Wir anerkennen, daß die badischen Finanzbeamten bis zu ihrem äußersten Können ihre Aufgaben erfüllen. Das vorliegende Gesetz erfordert von den Steuerzahlern große Opfer. Keine Fraktion war dabei von dem Bestreben geleitet, die Opfer

den Leistungsfähigen

aufzuerlegen. Es ist keine Reue, daß die landwirtschaftlichen Kreise wirtschaftlich viel stärker geworden sind. Denn trotz Zwangsversteigerung kaufte der hungrige Städter zu Höchstpreisen die landwirtschaftlichen Produkte. Allerdings haben in der Landwirtschaft diejenigen Kreise, die die Bestimmungen erfüllen, nicht die übermäßigen Gewinne gemacht. Wir freuen uns jedoch, wenn es der Landwirtschaft gut geht. (Zwischenruf: Ja!) Zwischenruf links: Nicht nervös werden! Die schlechte Valuta wirkt wie ein außerordentlich hoher Schutz Zoll für die Landwirtschaft; denn durch die hohe Valuta können die ausländischen Getreideerzeugnisse nicht ins Land kommen. Abzugsstellen sind deshalb für die nächsten Jahre nicht für die Landwirtschaft zu erwarten. Wir werden für Jahre hinaus einen Mangel an landwirtschaftlichen Produkten haben und mithin eine gute landwirtschaftliche Konjunktur. Ebenso kann der Waldbesitz, wenn er auch mehr der Konjunktur unterliegt, steuerlich entsprechend herangezogen werden. Das Grundvermögen ist heute eines der besten Kapitalanlagen. Der

Der Zusammenschluß der Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten

Für die demokratisch-republikanische Verfassung — für das Allgemeinwohl, gegen die Privatinteressen

Ueber den gestern bereits gemeldeten Zusammenschluß der Organisationen der Gewerkschaften, Angestellten und Beamten wird näher noch berichtet:

Seit einiger Zeit sind zwischen dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Abambundes und des Deutschen Beamtenbundes Verhandlungen über die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten geführt worden, die zur Formulierung folgender Vereinbarung geführt haben:

Zur wirksamen Vertretung des gemeinsamen Interesses der Arbeiter, Angestellten und Beamten vereinbaren die unterzeichneten Spitzenorganisationen unter Wahrung ihrer vollen Selbstständigkeit und unter Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Bestrebungen folgende Abmachungen:

1. Die drei Spitzenorganisationen verpflichten sich und die angeschlossenen Verbände, in der Wahrung der gemeinsamen Arbeiterinteressen zusammenzuwirken. Jede Organisation hat ihr eigenes Programm selber durchzuführen. Beschlüsse über gemeinsame Handlungen sind auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen.
2. Alle beteiligten Verbände erkennen ihren organisatorischen Bestehstand gegenseitig an und werden sich jeden agitatorischen

Eingriff in die Mitgliedschaft eines anderen beteiligten Verbandes enthalten. Organisatorische Streitigkeiten sollen im Wege gütlicher Schlichtung behoben, bestehende Unstimmigkeiten baldigst beseitigt werden.

3. Die beteiligten Verbände stehen auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung des deutschen Reichs. Sie verpflichten sich, jeder Verletzung und jeder ungesetzlichen Änderung dieser Verfassung im Reich und in den Ländern geschlossen entgegenzutreten, aber jede politische und religiöse Überzeugung in ihren Mitgliederkreisen unbeschränkt zu dulden.

4. Für die Stellungnahme zu wirtschaftspolitischen Fragen und eine gemeinsame Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik durch die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterverbände ist vordringend die Lage der Mitglieder als Arbeitnehmer und Verbraucher. Erster Grundsatz in der Wirtschaftspolitik soll sein, daß stets das Allgemeinwohl den Privatinteressen voranzustellen ist.

5. Diese Vereinbarung gilt auch für die örtliche und betriebliche Gliederung der beteiligten Spitzenorganisationen, sowie für die Fachgruppen der angeschlossenen Verbände, soweit Beamte, Angestellte und Arbeiter in Betrieben und Verwaltungen den gleichen Arbeitgebern unterstehen.

Voraussetzliche wird das Abkommen in der vorliegenden Formulierung auch die Zustimmung der hierfür in Frage kommenden Körperschaften der einzelnen Organisationen finden.

Aus der Partei

Verurteilung eines Verleumders

Mannheim, 28. Juli. Heute vormittag kam vor dem Schöffengericht die Klage des Reichstagsabgeordneten Ged gegen den Schriftsteller Leberer zur Verhandlung, der Weihnachten 1920 in „Revolution“ einen angeblichen Brieftext veröffentlicht hatte, in dem Ged das Verhalten der Mehrheitssozialisten vor und während des Krieges beurteilt. Obwohl Ged die Urheberchaft bestritt, blieb Leberer in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ dabei, daß er das Original in Händen habe. Die Klage wegen Urkundenfälschung wurde von dem Staatsanwalt abgelehnt. Das Urteil lautete auf 3 Wochen Gefängnis und Veröffentlichung in der „Revolution“.

Badische Politik

Ein Streit im Zentrumslager

Im badischen Zentrumslager ist ein Professorenstreit ausgebrochen, der bei allem humoristischen Beigeschmack des ernsten politischen Hintergrundes nicht ganz unbedeutend ist. Dem scharf anti-demokratischen Professor Dr. Hans Pfeiffer-Mehlich ist es sehr unangenehm geworden, daß sein Berufskollege Lehmannspröckel, Dr. Hermann Meinfried-Karlsruhe, im „Badischen Beobachter“ und anderen Organen eifrig und entschlossen für die deutsche Republik und deren Festigung im Sinne einer sozialen Demokratie eintritt. In seinem Witzmut setzt sich nun der rechtsstehende Zentrumslagerprofessor Pfeiffer hin und schreibt in den „Historischen Blättern“ für das katholische Deutschland eine scharfe Spitzel gegen seinen Parteifreund Meinfried, worin er ihm „sozialistisches Demagogentum“, „Mangel an Führereigenschaften“, „Verwischen an eigenen Pflichten“, „Leidenschaftlichkeit“ usw. vorwirft und verlangt, daß er aus den Reihen der christlichen Führer verschwinde.

Also ein ganz netter Bruderstreit mit professoraler Grundtöne im Zentrumslager, über den die „Süddeutsche Zeitung“ vor lauter Freude quersäßt, da sie glaubt, daß hierdurch dem demokratischen Zentrumslagermann Meinfried ein Ausweg eröffnet wird. Vermutlich wird jedoch Dr. Meinfried — einstuft er rügt der „Badische Beobachter“ den wenig parteieigenständlichen Ton in Professor Pfeiffers Auslassungen gegen Dr. Meinfried —, der gute Beziehungen zum Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth haben soll, seinen Parteifreund und Gegner Professor Pfeiffer die Antwort nicht schuldig bleiben. Hierbei wird er vielleicht auch dem „Bad. Beobachter“ veranlassen, in der Folge etwas vorsichtiger zu sein, wenn er den durch seine Schimpftiraden gegen seinen Parteifreund Meinfried nunmehr ins genügende Licht gesetzten Professor Pfeiffer als Spezialisten gegen die sozialdemokratische Presse amarschieren läßt.

Der Fall Ruge im Ausschuss des Landtages

Am 26. Juli hielt der Ausschuss für Gesetze und Beschlüssen eine Sitzung ab, in welcher die Eingabe des Privatbogens Dr. Ruge aus Heidelberg behandelt wurde. Der Berichterstatter gab aus der umfangreichen, mehrere Seiten umfassenden Eingabe und den Denkschriften einen kurzen zusammenfassenden Bericht und stellte den Antrag, die Regierung möge Herrn Dr. Ruge insoweit entgegenkommen, als man Dr. Ruge wieder als Privatbogens an der Heidelberger Universität verwenden soll.

Zur Beratung war von Seiten des Unterrichtsministeriums ein Vertreter erschienen, der in ausführlicher Weise über die Eingabe und über das Verhalten des Herrn Dr. Ruge und seiner antisemitischen Anschauungen einging. Nach den Darlegungen des Regierungsvertreters war es für die Ausschussmitglieder ein leichtes, sich ein Urteil zu bilden. Menschlich genommen, kann man mit Dr. Ruge und seinem überreizten Wesen Mitleid haben. Dr. Ruge hatte aber keinen Grund, andere Staatsbürger, die semitischen Glaubens sind, als Heidelberger während des Krieges zu bezichtigen, nachdem festgestellt, daß er sich selbst durch eine Eingabe an das Unterrichtsministerium vom Schützengraben zu drücken suchte. Die Redefreiheit in allen Ehren, aber so weit darf es nicht kommen, daß man den Rektor einer Universität der Feindschaft bezichtigt und diesen Vorwurf nicht beweisen kann. Dr. Ruge reißt zurzeit in Deutschland in den Universitätsstädten herum, hält antisemitische Vorträge und predigt den Massen, jedenfalls im Auftrage des deutschholländischen Schutts- und Traktatbundes.

Der Ausschuss kam einstimmig zu dem Antrag, daß Dr. Ruge an einer Universität keinen Platz mehr als Privatbogens einnehmen kann. Der Berichterstatter zog darauf seinen Antrag zurück; er stellte den Antrag auf Überlegung zur Tagesordnung. Der Ausschuss stellte sich einstimmig auf diesen Standpunkt und bewertete dadurch die Person Dr. Ruge und seiner antisemitischen Hetzerien so, wie sie es verdienen.

Hausbesitz trägt heute kein irgendwie geartetes Risiko. Bei der steuerlichen Belastung der Häuser ist mit Recht zu berücksichtigen, daß bei den Mieten noch die Zwangswirtschaft und zwar erfolgreich, besteht. Mit Rücksicht auf die Zwangswirtschaft stellen wir die Gebäude lediglich dem landwirtschaftlichen Betriebsvermögen gleich. Denn bei einer weiter erhöhten Steuer wäre der Leidtragende der Mieter. Außerdem stehen wir vor der Wohnungsabgabe und der Mieter darf nicht doppelt besteuert werden. Im Lande erheben wir Steuern, die Wohnungsabgabe und Mieterzuschüsse aufzuheben, um auch dieses

letzte Gebiet der Zwangswirtschaft

zu befestigen. Ich möchte daran warnen. Denn es würde eine Preissteigerung um das zehnfache bringen. Der Preissteigerung der Mieten der neuen Häuser würden noch die Mieten der alten Häuser folgen. Es würde damit den Hausbesitzern nur ein Geschenk gemacht werden etwa in der Höhe der schwebenden Schuld des deutschen Volkes. Ich möchte deshalb dringend vor Aufhebung der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete warnen. Wäsende Geschäftsgewinne hat die

Industrie

gemacht. Den Arbeiter, der im Jahre 5000 M. erbrachte konnte man mit der Laterne suchen (sehr richtig). In ähnlicher Lage befinden sich die Beamten, Angestellten, Kleinrentner. Wie groß sind dagegen die Dividenden der Industrieunternehmen von 1914 und heute? Dazu kommt das gemaltige Ringen der Kurse von Industriekapital. Der Aktienbesitzer hat durch die Kurssteigerung lange nicht den Rückgang der Markts so stark empfunden als der kleine Sparkasteneinleger, dessen Geldmarkt zur Papiermarkt wurde. Durch die Sanktionen sind sicherlich viele Unternehmen geschwächt worden, weshalb das gewerbliche Betriebsvermögen mit dem landwirtschaftlichen gleichgesetzt wurde, was wir im Interesse der Beschäftigung der Arbeiter gutheißen. Mit Nachdruck wünschen wir eine Neueinschätzung des landwirtschaftlichen Grundvermögens, um die wirklichen Werte lernen zu können. Das Finanzministerium hat erklärt, daß dies gegenwärtig aus technischen Gründen nicht möglich ist. Die nunmehr eingeleitete Revision des Zweieinhalbfachen bedeutet deshalb ganz und gar keine Unfreundlichkeit gegenüber der Landwirtschaft. Wir wünschen jedoch, daß die Neueinschätzung baldigst erfolgt. In der Einschätzung des Waldbestandes sind wir lange nicht an die württembergische Höhe herangekommen. Der Härteparagraf bringt sicher große technische Schwierigkeiten mit sich. Unter die steuerfreien Gebäude fallen auch die Gewerkschaftshäuser, soweit sie lediglich Versammlungsbüros, Konferenzräume sind; ebenso fallen auch die Naturfreundehäuser unter die steuerfreien Gebäude. Beim Schuldenabzug stimmte die Sozialdemokratie dafür, daß die Hälfte der Schulden auf Waren und Vorräte abgezogen werden dürfen, wie dies auch in Bayern der Fall ist. Es ist dies jedenfalls richtiger, als daß die ganzen Schulden abgezogen werden dürfen, wie der Entwurf vorsah, da an den Vorräten ja verdrängt wird. Am längsten beschäftigte uns die Freigrenze für das landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebsvermögen. Der jetzige Beschluß stellt ein Kompromiß dar. Wir waren für 45 000 M. als Freigrenze für das landwirtschaftliche Betriebsvermögen nur unter der Bedingung, daß die Freigrenze für gewerbliche Betriebsvermögen auf 15 000 M. festgesetzt wurde, und Steuer-, Futter- und Düngemittel mit angedreht werden, trotzdem wir bei der Festsetzung des landwirtschaftlichen Betriebsvermögens Bedenken haben. Wir stimmen dem Gesetze zu. Die Besitzenden müssen sich sagen, daß es neben ihnen noch die großen Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten gibt, die restlos ihre Steuern zahlen müssen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baumgärtner (Zent.) weist auf die große Bedeutung des Ertragsteuergesetzes hin. Zugaben ist, daß die Landwirtschaft stärker geworden ist. Zugaben ist, daß die Landwirtschaft stärker geworden ist. Zugaben ist, daß die Landwirtschaft stärker geworden ist.

Abg. Dr. Baumgärtner (Zent.) weist auf die große Bedeutung des Ertragsteuergesetzes hin. Zugaben ist, daß die Landwirtschaft stärker geworden ist. Zugaben ist, daß die Landwirtschaft stärker geworden ist. Zugaben ist, daß die Landwirtschaft stärker geworden ist.

Unserhöre Parcijustiz

Zu dem Urteil des Karlsruher Landgerichts in Sachen...

In welche Hände die Entscheidung über Recht und Gerechtigkeit heute gelegt sind, zeigt der badische Fall mit entsetzlicher Deutlichkeit auf.

Und siehe da, einer der so Verzagten ist ehrlich genug, dem neuen demokratischen Volksstaat, dem er seine Anerkennung verweigert, das verlangte Geldbörse nicht zu leisten.

So geschah's. Der Beamte aber ging hin und fand einen Richter, fand einen Richter, der selbst vom badischen Staat erhalten, vom Volkssteuereid für seine Dienste bezahlt wird.

Man greift sich an den Kopf und fragt sich, ob man denn in einem vernünftigen Rechtsstaat lebt oder ob der Rechtsstaat in Deutschland zu den Füßen und Martern gesunken ist?

Das Ge'et über die Wohnungsabgabe

Die badische Regierung hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vorgelegt.

In der Erläuterung zu dem Gesetzesentwurf wird angegeben, daß die Erhebung der Abgabe von 0,5 Proz. zweifellos die Mieter erheblich belasten wird.

Die Ausschüsse bei der Landeshauptkasse. Im Landtag wurden kürzlich von einem Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei folgende Resolution eingebracht: Wie stellt sich der Herr Finanzminister zu einer Uebernahme der als Ausschüsse bei der badischen Landeshauptkasse angestellten Kaufleute usw.

Soziale Kundgebung

Tagung der Polizeibeamten. Der Polizeibeamtenverband Badens hielt in Mannheim eine gut besuchte Versammlung ab, in der Polizeihauptmann Kusch-Gamberg über Ständesfragen sprach.

Gewerkschaftliches

Lohnbewegung in der Porzellanindustrie. Die organisierte Arbeiterchaft der Porzellanindustrie ist in eine neue Lohnbewegung eingetreten.

Kleine Nachrichten

Stuttgart. Zum 15. August wird bekanntlich der Brotpreis für das rationierte Brot um 40 Prozent erhöht.

Stuttgart. Hohe Strafen für Steuerhinterziehungen. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Im Bezirk des Finanzamtes Stuttgart-Stadt wurden in den letzten zwei Monaten 12 Personen wegen Steuerhinterziehung verurteilt.

Frankfurt. Eine Hochstaplerin unter dem Namen Margot de la Camp beging hier und in zahlreichen Städten Süddeutschlands abenteuerliche Betrügereien, wobei viele Geschäfte und Banken erhebliche Summen verloren.

Frankfurt. Ein Verkauf eines Stretches zwischen Vater Schaffner und seiner Tochter verlor die Tochter einen Strohhaufen, wobei dieser seinen Verletzungen erlag.

Wals. Ein mager Mann ließ sich in einem Goldwarengeschäft zwei netzte Brillenträger und eine goldene Damenuhr verkaufen. Die ihm bedienende Dame erkannte er, ihn in ein Verkaufshaus zu begleiten, wo er den Einkauf beendigen werde.

Solms. Nach dem 'Tägl. Anz.' ging gestern Abend kurz vor 8 Uhr ein furchtbares Hagelwetter hier in der Feldmark nieder. Die gesamte Ernte gilt als vernichtet.

Berlin. Am Freitag findet laut 'Voss. Zig.' in Berlin eine Versammlung der Vertreter der Länder darüber statt, was gegen die Folgen der katastrophalen Trockenheit getan werden könne.

Berlin. Die Habas-Agentur aus Koblenz meldet, ist ein heftiger Sturm über den Bezirk von Willau hinweggezogen und hat die Weinberge des Tales von Tarbes, Aguessac und Compeyre vernichtet.

Berlin. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Kösting, hat das holländische Kommuniquéblatt 'Die Tribune', die die Arbeiter zur Erhebung und zum Kampfe aufzufordern hatte, auf zehn Tage verboten.

Berlin. In Schöneberg bei Berlin war gestern vormittag der Mieter einer Frau Schiller, der französische Sergeant Parrot über die Miete mit seiner Witwe in einen heftigen Streit geraten.

Berlin. Blättermeldungen aus Halle zufolge, haben die Arbeiter des Cejestales beschlossen, wegen der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise neue Lohnforderungen zu stellen.

Berlin. In verschiedenen Teilen Bommerns sind durch Gewitter Schäden verursacht worden. Durch Gewitter und Blitzschlag wurden mehrere Häuser zerstört.

Aristantia. 'Voss' meldet aus Vostau: Ein Zug mit Delegierten des Gewerkschaftstages erlitt auf der Kurza-

lahn einen schrecklichen Unfall. Von den Delegierten wurden Otto Strunat und Gebirg (Deutschland), Kewele (Australien) und der Vorsitzende des Verbandes der russischen Bergwerksarbeiter Sergeje getötet.

Jugend und Sport

Achtung Schiedsrichter. Samstag Abend 8 Uhr auf dem Sportplatz der Freien Kameradschaft Karlsruhe (Sinkenheimer Allee) Fortsetzung der Schiedsrichter-Kurse.

Für Spielleiter! Zum erstenmale beteiligen sich auch die Arbeiter-Fußballer auf dem Kreisturnfest des 10. Kreis-Sportgenossen! Studiert das Festprogramm, die Zeit muß genau eingehalten werden.

Aus dem Lande

Waldst. 28. Juli. Ein schweres Automobilunfall hat sich gestern Abend auf der Landstraße von Bruchsal nach Waldst. ereignet. Ein Automobil der Witwe Sielken aus Waldst. streifte ein Vierfüßler; der Chauffeur Fr. H. Singer verlor dadurch die Herrschaft über den Straßwagen.

Waldst. 28. Juli. Hier standen zwei Weizenfelder in hellen Flammen. Nur durch das rasche Eingreifen der in der Nähe beschäftigten Landwirte konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden.

Waldst. 28. Juli. (Drahtbericht.) Gestern Abend gegen 6 Uhr entstand im Dorfe W. d. G. bei Sack ein Brand, welcher dem dortigen Landwirt H. W. B. Willi vernichtete und auch einen Teil Waldbestand zerstörte.

Waldst. 28. Juli. (Drahtbericht.) Infolge der Hitze der letzten Tage hat der Vadebetrieb im Bodensee außerordentlich zugenommen, bei einer Wasserwärme von 25 Grad, die jetzt 1911 nicht erreicht wurde.

Waldst. 28. Juli. (Drahtbericht.) Infolge der Hitze der letzten Tage hat der Vadebetrieb im Bodensee außerordentlich zugenommen, bei einer Wasserwärme von 25 Grad, die jetzt 1911 nicht erreicht wurde.

Waldst. 28. Juli. (Drahtbericht.) Infolge der Hitze der letzten Tage hat der Vadebetrieb im Bodensee außerordentlich zugenommen, bei einer Wasserwärme von 25 Grad, die jetzt 1911 nicht erreicht wurde.

Wieder eine Brandkatastrophe im Schwarzwald

Ill. Neustadt i. Schw., 28. Juli. (Drahtbericht.) In Löffingen ist heute nachmittags 3 Uhr Großfeuer ausgebrochen, dem binnen einer Stunde 40 Wohnhäuser mit Landbauanlagen und Nebengebäuden zum Opfer gefallen sind.

Ill. Neustadt i. Schw., 28. Juli. (Drahtbericht.) Infolge der Hitze der letzten Tage hat der Vadebetrieb im Bodensee außerordentlich zugenommen, bei einer Wasserwärme von 25 Grad, die jetzt 1911 nicht erreicht wurde.

Ill. Neustadt i. Schw., 28. Juli. (Drahtbericht.) Infolge der Hitze der letzten Tage hat der Vadebetrieb im Bodensee außerordentlich zugenommen, bei einer Wasserwärme von 25 Grad, die jetzt 1911 nicht erreicht wurde.

Ill. Neustadt i. Schw., 28. Juli. (Drahtbericht.) Infolge der Hitze der letzten Tage hat der Vadebetrieb im Bodensee außerordentlich zugenommen, bei einer Wasserwärme von 25 Grad, die jetzt 1911 nicht erreicht wurde.

Ill. Neustadt i. Schw., 28. Juli. (Drahtbericht.) Infolge der Hitze der letzten Tage hat der Vadebetrieb im Bodensee außerordentlich zugenommen, bei einer Wasserwärme von 25 Grad, die jetzt 1911 nicht erreicht wurde.

Ill. Neustadt i. Schw., 28. Juli. (Drahtbericht.) Infolge der Hitze der letzten Tage hat der Vadebetrieb im Bodensee außerordentlich zugenommen, bei einer Wasserwärme von 25 Grad, die jetzt 1911 nicht erreicht wurde.

Durlach

Turmbo...

Wahlre...

Durlach

Luzernbergkonzert. Morgen Samstag, 30. ds. Mts., abends 8 bis 11 Uhr, findet auf dem umringt ein großes Konzert, aus-

Aus der Stadt

Karlsruhe, 29. Juli

Geschichtsausschuss

29. Juli, 1833 Wilhelm Wilberforce, Vorkämpfer der

Wahlergebnis zum Metallarbeiter-Verbandsrat

Vorläufiges Ergebnis: Es wurden abgegeben 6530 Stim-

Die Postbeamten und die Feuerung

Am 28. ds. Mts. hatte der Reichsverband Deutscher Post-

Anfolge der in letzter Zeit erneut auftretenden allgeme-

Karlsruher Herbstwoche 1921

Hferberennen auf dem Karlsruher Rennplatz

Auch eine Folge der Dürre. Nicht nur Schnee und Sturm

Erhöhung des Aktienkapitals. Die gestrige außerordent-

Wochenarten zum Besuch des Weinabbaus. Nachdem eine

Preisgeleiterte 1921. Wie das Bürgermeisteramt be-

1. September einer dieser Stellen mitteilen; er hat dann eine

Tageländer. Die Ortsgruppe des Reichsbundes der

Badeneröffnung. Man schreibt uns: Der Wiederbau

Wetterverhältnisse. In einem Hause der Altstadtstraße

Schafstet wurden 1 Kaufmann, der seinem Arbeitser

Valuta-Bericht vom 28. Juli

Markkurs in der Schweiz ca. 7.62. Auszahlung Holland

Wetternachrichtendienst der Badischen Landes-

Über dem Festland ist der Luftdruck allenthalben gesunken.

Klasserstand des Rheins

Schiffertinsel 110, gef. 1 Ztm. Rehl 207, gef. 2 Ztm.

Rechte Nachrichten

Streikgefahr in Mitteldeutschland?

II. Halle, 28. Juli. Die „Allgemeine Zeitung für Mittel-

Es scheint fast, als ob hier tendenziöse Stimmungsmache

Der deutsche Egronvring will aus-

II. Berlin, 28. Juli. Eine Berliner Drahtung des „Zeit-

Wie glauben auch diesmal nicht an die Nichtigkeit der Mel-

Feuergefechte mit deutschen Minen-

Über die Schierelei, die von russischer Seite auf eine

28. Kristiania, 28. Juli. Nach einer Meldung von

Anmerkung des B.L.: Zu dem von der norwegischen Presse

Streik im besetzten Rheinland

28. Aachen, 28. Juli. (Agence Belge). Nach den Ang-

Die Streikwelle im Elß

II. Straßburg, 28. Juli. In Straßburg und den umlie-

Zur spanischen Niederlage in Marokko

II. Paris, 19. Juli. Der Berichterstatter des „Matin“

Briefkasten der Redaktion

2. A. D. Natürlich ist die Gemeindeordnung noch in Kraft.

Schreibung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Ar-

Vereinsanzeiger

Wenig zu 4 Helten. Bei 3 u. mehr Helten

Stadteschulhauszölle der Stadt Karlsruhe

Geburten. Annemarie Rosanna Eise, Vater Aug. Stolz

Vertical text on the far left edge of the page, partially cut off.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.

Gebrüder Scharff

Wir empfehlen:

Speiseessig
Ltr. 1.- u. 1.20

Weineessig
Ltr. 3-50

Salat-Oel
Ltr. 16.-

Salleyl-Pergamentpapier
Rolle mit 1 Bog. 1.-
" " " " 2 " 2.-

Marmelade
reine Früchte und Zucker
Pfd. Mk. 4.-

Beste
Pyramiden-Fliegenlänger
3 Stück 1.25

sowie sämtliche
Einmachartikeln

Einige **Anzüge**
guterhalt., harte Arbeits-
anzüge, auch Sport, neu,
150 Stk., ein. 50 Stk., neu
u. geist., auch geist., eilige
Schirme, Schendelstücken,
weil. Stickerstücken und
solcher Stoffe, bel. u.
neu, billig abzugeben
Effenweinstr. 32/11 bei
Agelrad. 5320

STADTGARTEN

Freitag, den 29. Juli, abends von 8-11 Uhr

DOPEL-KONZERT

Kapelle des Musikvereins Karlsruhe und der Stadt-
kapelle Bruchsal. 1722

Eintritt: 1.20 Mk. (Jahreskarten), 2.20 Mk. (Sonstige).
Kinder jede Hälfte. Kartenvorverkauf: Verkehrsverein
und Schalterkassen des Stadtrats.
Bei schlechter Witterung fällt die Veranstaltung aus.

Bad. Landestheater

Freitag, 29. Juli 1921
7 bis gegen 10 Uhr

Volkstheater R 3

Der Vögel und er.

1. Akt. Sport-Klub
Germania-Sportfreunde
Karlsruhe.

Am Sonntag, 31. Juli,
nachmittags 4 Uhr findet
im Garten des "Feld-
schlößchen" unser 5341

flatt, verbunden mit
Preistegeln
Ballwerfen usw.

Hierzu laden wir unsere
wertvollen Mitglieder, sowie
deren Angehörige,
Freunde und Gönner
ganz ergebenst ein. An-
fang des Preistegeln
Sonntag abends 6 Uhr.
Der Vorstand.

Arbeiter-Karlsruherbund
"Eolbarität", Dr. Karlsruher
Musikverein.

Sonntag den 31. Juli findet in der Resta-
uration zur "Friedrichstraße" unser

16. Stiftungsfest

verbunden mit Gartenfest statt. Für Unterhaltung
ist bestens gesorgt und laden wir die Sportgenossen,
sowie Freunde und Gönner hiermit höflichst ein.
5345 Die Vereinsleitung.

Turmberg-Durlach.

Morgen Samstag den 30. d. Mts.
abends 8 bis 11 Uhr, bei günstiger
Witterung

Grosses Konzert

ausgeführt von der Feuerwehr-
kapelle.

Eintritt 2 Mark. 1728

Anlässlich unseres Besuches des Sängers-
bundes "Vorwärts" Karlsruhe, 23.-24. Juli,
sagen wir für die freundliche Aufnahme und
Gastfreundschaft nochmals 5140

herzlichen Dank.

Befang. Hoffnung, Heilbronn

STADTGARTEN

Samstag, 30. Juli, 8-11 Uhr (nur bei gutem Wetter)

Sommernachtsfest

Doppel-Konzert

Feuerwehr-Kapelle und Männer-Gesangverein
Concordia (200 Sänger).

Lampionschmuck des Gartens und der Boote,
beagel, Beleuchtung der Anlagen und Ges.-ees.

Eintritt: 2 Mk. (Jahreskarten), 3 Mk. (Sonstige). Kinder
je die Hälfte. — Außer den Nord- und Südeingängen
ist noch der östliche Eingang (links von der Fest-
halle) geöffnet. — Kartenvorverkauf: Verkehrsverein
und Schalterkassen des Stadtrats. 1714

Kaffee Odeon

Wieder-Eröffnung
der vollständig neu her-
gerichteten Räume

Samstag, 30. Juli
nachmittags 5 Uhr.

Abends 8 1/2 Uhr: Großes
Extra-Konzert
mit doppelt verst. Kapelle
Leitung: Herr Kapellmeister Busyatz.

Der Besitzer: **Reinhold Borchers.**

5314

Palast Theater
Herren-Strasse.

Heute und folgende Tage!

Uraufführung
von Gerh. Hauptmanns Bühnenwerk

Die Ratten

Ein Berliner Tragikomödie
in fünf Akten

für den Film bearbeitet von **Julius
Sternheim.**

Hauptrollen:
Emil Jannings
Lucie Höflich :: **Marija Leiko**

Ferner:
Der 70. Geburtstag
zweiaktiges Lustspiel mit
Hansl Bege und **Gerh. Dammann.**

Einlage: 5343

Aktuelle Aufnahme vom
Heidelberger Doppelmord
Die Ueberführung der Leiche des er-
mordeten Bürgermeisters Wih. Busse
am 18. Juli in Heidelberg.

**Erfahrener energischer
Beton- u. Tielbau-
Polier**

für Baustelle in Baden sofort gesucht.

H.-G. für Beton- und Mauerbau
Stuttgart, Landhausstr. 82.

Pfannkuch & Co.

Dur Versorgung
von
Mutter u. Kind

Schweizer
**Alpen-
Milch-Mehl**

**Galactina-
Kindermehl**

besteht aus:
ca. 23 % Weizen-
mehl
ca. 64 % Vollmilch
ca. 13 % Zucker
400 Gramm, brutto

Dose **5.-**

— 5347

**Galactina-
Kinder-
Frühstück**

besteht aus:
ca. 17 % Hasermehl
ca. 22 % Kakao
ca. 45 % Vollmilch
ca. 16 % Zucker
500 Gramm, brutto

Palet **9.50**

Pfannkuch & Co.

Städt. Freibank.
Fleischabgabe 1720
Samstag vorm. 9-11 Uhr
Kr. 1901-1900.
Montag nachm. 2-3 Uhr
Kr. 1901-1900.

**Gips-
Gesuch.**

Lichtige Gipsen kön-
nen sofort eintreten bei
E. & H. Wendinger
Gips- u. Stukkatur-
Geschäft 5328
Karlruhe
Melanchthonstr. 2.

**Kostüm-
Bügeln**

sofort gesucht
**Färber- und Chem.
Wasch-Anstalt Burg**
Karlsruh. 43. 5311

Städt. Vierordtbad

Wegen Vornahme von Instandsetzungs-
arbeiten ist die 1724

Dampfbad- u. Kurabteilung
vom 1. bis 14. August d. Js.
geschlossen.

Zentralverband d. Hausangestellten Karlsruhe.

Jeden Tag, mit Ausnahme von Samstag und Son-
ntag, nachmittags 1/5 bis 1/7 Uhr Sprechstunden im
Hauptb. Poststr. 16, Stb. III. 3189

Hausangestellte, Putz-, Wasch-, Wäschefrauen,
Hausweiber, Hausdiener benötigt die Sprechstunde.

Erich Bühler

Bankgeschäft

Kreuzstrasse 4, am Marktplatz
empfiehlt sich zur
Ausführung von

Bank-Geschäften jeder Art
zu den Sätzen.

Konto-Korrent- und Scheckverkehr.
An- und Verkauf in- und ausländischer
Wertpapiere, Coupons und Noten.
Kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit.
An- und Verkauf von in- und aus-
ländischen Wertpapieren, Geldsorten
und Coupons.

Devisen-Verkehr.
Fachmännische Auskunft u. Beratung
in allen Geldangelegenheiten. 5318

Kinderwagen
Promenadewagen Klappwagen

kaufen Sie billig und gut im
Kinderwagen- und Korbwarenhaus

Otto Weber
Schützenstr. 20. Ecke Wilhelmstr.
Fernruf 1789. 5321

Kroko-Elite-Creme

erhält die farbigen Schöne in
Reinheit, Glanz u. Farbe stets wie neu.
In 12 modernen Farben in allen ein-
schlägigen Geschäften erhältlich.
Alleinige Hersteller: Rudolf & Helm,
chem. Fabrik, Rastatt. 5341

Kragen-wascherei Schorpp

wäscht und bügelt in alt-
bekannter Ausführung. 5300

Annahmestellen in allen Stadtteilen.

**Tüchtige gelernte
Karosserie-
Lackierer**

werden sofort eingestellt bei 1720*

Benzwerke Gaggenau, Gaggenau
(Wurgal).

Fahrräder, sehr billig

Fahrradabteilung: Mantel v. Mk. 46.- an
Schläuche " 16.- "

Fahrradzub. hör zum billigsten
Tagespreise.

Nordische Stahlgesellschaft
m. b. H. 5275
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 81.

Wanzen und Brut

vertilgt restlos Kammerflügel Berg's
Niedersal. Erfolg verbilligend. Kinderl.
anzuw. Dankschreiben von überall. — Beste
Zeit zur Besetzung: Doppelpackg. M. 7.-
Erhältlich bei: O. Fischer, Fideleit-Dröppel,
Karlsruh. 74. R. W. Lang, Drogerie, Kaiserstr. 24,
sonst portofrei von **Hermann A. Groedel**,
Berlin 247, Königgrätzerstr. 49. 5344

Volks-Buchhandlung
der Sozialdemokratischen Partei befindet sich

Adlerstrasse 16 **Karlsruhe** Telefon 3701.

Stroh-Hüte

größte Auswahl — billigste Preise

Theod. Zenker
61 Kaiserstrasse 61
gegenüber der
Hochschule. 5315

Baubund-Möbel

kaufen Sie
preiswert und formidabel
gegen Verzögerung oder
erhöhte Zahlungsbedingung
bei der gemeinnützigen Hausratgehilfen-
schaft

Badischer Baubund G.m.b.H.
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 22
(Eckhaus Homböhlplatz), Fernspr. 6157.
Tägl. geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr.

Durlacher Anzeigen.

Zucker-Versorgung.

Infolge Aufgabe des Geschäfts von Oster-
meier werden die dort zur Zucker-Versorgung
eingetragenen Familien aufgefordert, sofort
bei unserer Kartenausgabestelle anzugeben, von
welchem Geschäft sie weiterhin mit Zucker ver-
sorgt sein wollen. 1727

Durlach, den 28. Juli 1921.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Maßtatter Anzeigen.

Die Abfuhr einschließl. Abladen von ca.
100 Kubikmeter Schotter aus dem Lochfeld (frü-
heres Art-Depot, Kantenalestr.) nach der Lud-
wig-Wilhelmstr. soll vergeben werden. 1728

Angebote sind bis Samstag den 31. Juli 1921
an das Tiefbauamt einzureichen.
K. Ratt, den 28. Juli 1921.
Das Tiefbauamt.

Bruchsaler Anzeigen.

Kartenausgabe

am Samstag, den 30. Juli, von 8-12 Uhr
vormittags an die Nachbarn V bis einh. 2.
Nachmittags von 2 bis 4 Uhr ist die Kartenaus-
gabestelle geöffnet für die Entgegennahme
von An- und Abmeldungen und für den Aus-
tausch von Kommunalverbandsbrotmarken in
Weichweizenbrotmarken.

Am Montag, den 1. August 1921, Kartenaus-
gabe an diejenigen Versorgungsberechtigten, die
verkömmt haben, ihre Karten rechtzeitig abzugeben.
Bruchsal, den 28. Juli 1921. 1725

Kommunalverband Bruchsal-Stadt
Kartenausgabestelle